

Wir müssen, verbunden mit einer nüchternen Analyse der großen Schwierigkeiten unserer Zeit, für eine Haltung der begründeten Zuversicht werben. Das scheint mir eine christliche Verpflichtung zu sein.

Gerhard Stoltenberg

Christen müssen in die Politik zurück

Mit den prophetischen Sätzen des „Schemas XIII“ und anderer Konzilsdokumente hat das Zweite Vatikanum das Bündnis zwischen der katholischen Kirche und christlichen Parteien, wie es in zahlreichen kontinentaleuropäischen Ländern mehrere Generationen hindurch bestand, aufgekündigt. Die Kirche beendete damit die Symbiose von Kirche und Partei, die in bestimmten Teilen Europas zeitbedingt notwendig erschien, aber zahllose Menschen der Kirche entfremdete. Daher bewegte viele Konzilsväter die Vision einer freien, auf sich selbst gestellten Kirche der weltoffenen Türen und der ausgebreiteten Arme, die sich allen Menschen zuneigt.

Ein Prozeß historischen Ausmaßes . . .

Heute, 20 Jahre später, ist das Protektorat politischer Parteien über die Kirche in so gut wie allen kontinentaleuropäischen Ländern beseitigt worden. Damit hat sich in relativ kurzer Zeit ein *Prozeß historischen Ausmaßes* vollzogen. Die Kirche ist auf sich selbst gestellt und nur auf sich selbst, sie hat den „weltlichen Arm“, auf den sie sich lange stützte, verloren. Damit büßte die Kirche manche Möglichkeiten des Einflusses und des Mitspracherechtes in öffentlichen Angelegenheiten ein. Andererseits ist dadurch die Glaubwürdigkeit der Kirche bei vielen Menschen gestiegen, und der Gerade in traditionell katholischen Ländern besonders aggressive Antiklerikalismus hat an Schärfe eingebüßt. Verschwunden ist er jedoch noch nicht. Ebenso wenig sind jene Schichten, die im Gefolge der diversen Kulturkämpfe der Kirche aus politischen Motiven den Rücken gekehrt haben, wieder zur einen Herde zurückgekommen. Kritiker, die diesen Tatbestand als einen Beweis für den Fehlschlag des Konzils anführen, verkennen freilich, daß in zwei Jahrzehnten nicht abgebaut werden kann, was sich in viel längeren Zeiträumen an Zündstoff angesammelt hat.

Insgesamt hat der beim Konzil zum Ausdruck gekommene *Vorrang der pastoralen Sorge um die Menschen* ohne

Zweifel zu einer gewissen „Entpolitisierung“ der Kirche geführt. Das Ausmaß hat sich von Land zu Land recht unterschiedlich ergeben. So ist etwa in der Bundesrepublik ein gewisses Näheverhältnis zwischen den politischen Formationen der CDU/CSU und der katholischen Kirche nach wie vor unschwer zu erkennen, während in Italien der lange feststellbare Hang zur Politisierung aller kirchlichen Strukturen im Lauf der siebziger Jahre ins Gegenteil umzuschlagen begann (vgl. ds. Heft, S. 409) und in Österreich überhaupt ein „Pastoralismus“ tonangebend wurde: Die pastoralen Notwendigkeiten rückten an die erste Stelle, viele Priester und Laien, auch manche Bischöfe verloren ihr Interesse an politischen Phänomenen, die man direkt oder unausgesprochen der Sphäre der „schmutzigen Geschäfte“ zuordnete.

Die im gesamten kirchlichen Leben feststellbare Tendenz zu mehr Spiritualität, der Trend zu meditativen oder charismatischen Gruppierungen verstärkt zur Zeit noch diese *apolitische Grundströmung*.

... aber viele gegenläufige Entwicklungen

Die in Ländern mit ganz verschiedener Gesellschaftsordnung ziemlich gleichzeitig auftretende Forderung nach Liberalisierung der Abtreibung erwies sich allerdings seit den siebziger Jahren als ein gewisser Katalysator für die Erkenntnis, daß *auch die von politischen Parteien losgekoppelte Kirche bestimmte Positionen im gesellschaftlichen Raum zu vertreten hat* und daß es Christen nicht gleichgültig bleiben kann, von welchen Wertvorstellungen die Politik bestimmt wird.

In *Italien* erwies sich bald die politische Schwäche der auf sich selbst gestellten Kirche, deren Widerstand gegen das staatliche Ehescheidungsgesetz kläglich zusammenbrach (vgl. HK, Juli 1974, 284–287) und die auch eines der freizügigsten Abtreibungsgesetze der ganzen westlichen Welt nicht zu verhindern vermochte (vgl. HK, Juli 1981, 369).

Auch in *Österreich* gelang es der Kirche nicht, die überfallsartig eingeführte Fristenregelung zu verhindern oder wenigstens nachträglich zu modifizieren. In der *Bundesrepublik* war es hingegen möglich, aufgrund des naturrechtlich bestimmten Grundgesetzes die Einführung der Fristenregelung zu vereiteln, während es der Kirche in *Spanien* gelang, die nachdrücklich geforderte Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs auf eine noch enger als in der Bundesrepublik gefaßte Indikationenregelung zu beschränken (vgl. HK, Juli 1985, 308–311).

Diese heftigen Auseinandersetzungen führten in vielen europäischen Ländern zu einer *gegenläufigen Entwicklung* zu den innerkirchlich modisch gewordenen Apolitismen, wengleich die Zeichen an der Wand von vielen nicht wahrgenommen worden sind. Eine zweite Gegenströmung ergab sich durch die vielfältigen gesellschaftlichen Initiativen von Katholiken in außereuropäischen Ländern, die den konziliaren Appell, sich der Leiden der unterdrückten und ausgebeuteten Menschen in der Dritten Welt anzunehmen, zu ihrer Sache machten.

Das extreme Elend in den *lateinamerikanischen Ländern* ließ die Forderungen des Konzils dort auf einen besonders fruchtbaren Boden fallen. Von Medellín bis Puebla kam es zu aufsehenerregenden Vorstößen, die neue Wege in der sozialen Wirklichkeit Lateinamerikas wiesen. Daraus wuchs allmählich eine vielgestaltige „Theologie der Befreiung“, die auf eine Kirche abzielt, deren Subjekt das Volk, die Armen sind.

Dieser Wille zur Erneuerung beschränkte sich jedoch keineswegs auf Lateinamerika, er brach sich auch unter Katholiken in *Osteuropa* Bahn. Auf diese Weise kam es zu einer „moralischen und christlichen Revolution“ in Polen, die das dortige Regime in beträchtliche Schwierigkeiten brachte und die bald auf zahlreiche andere Länder auszustrahlen begann – nach Litauen, Kroatien.

Auch im *Fernen Osten*, wie etwa in Südkorea oder auf den Philippinen, begannen Christen aus gläubiger Motivation für die elementaren Rechte ihrer Mitbürger einzutreten. Ähnliches ereignete sich in Südafrika, wo Christen sich immer deutlicher im Kampf gegen die rassistische Anmaßung des Apartheid-Systems exponieren. In mehreren Ländern Schwarzafrikas erweist sich indessen die Kirche als einziger Freiraum in den autoritären oder diktatorischen Regimen, die sich dort etabliert haben.

Am überraschendsten ist es wohl, daß in den letzten Jahren sogar in den *Vereinigten Staaten* ein Vorgang erkennbar wurde, der in diesem Zusammenhang genannt werden muß: Der Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe gegen die Politik des weiteren Aufrüstens bedeutete ein Fanal in einem Land, in dem die Kirche bisher viel daran setzte, selbst gesellschaftsfähig zu werden und sich mit den Mächtigen zu arrangieren. Die Herausgabe eines Sozialhirtenbriefes in den USA im kommenden Herbst (vgl. HK, August 1985, 358 f.) wird diesen kritischen Akzent der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten noch weiter verstärken.

Wenn man versucht, diese sehr verschiedenartigen Entwicklungen auf eine *Kurzformel* zu bringen, so kann man

bei aller gebotenen Vorsicht vor Vereinfachungen sagen: Während sich in Kontinentaleuropa die katholische Kirche in einem gewaltigen historischen Prozeß von ihren bisherigen politischen Bündnissen löst und auch im politischen Feld auf eigenen Beinen zu stehen beginnt, was zu Unsicherheit bei nicht wenigen Katholiken führt, hat in Übersee und auch in Osteuropa schon ein anderer, nicht minder weittragender und historischer Entwicklungsgang eingesetzt, der immer mehr Christen in die Opposition gegen die jeweils Herrschenden führt.

Wenn man bedenkt, daß seit der konstantinischen Wende die Kirche jahrhundertlang auf Seiten der jeweils Herrschenden gestanden hat, dann vollzieht sich jetzt in Konsequenz des Konzils ein *dramatischer Szenenwechsel*, eine Kurskorrektur globalen Ausmaßes, die Christen aus der Rolle der Beherrscher oder gar der Unterdrücker herausführt und in die vorderste Front des Kampfes gegen menschenverachtende und menschenzerstörende Regimes aller Art stellt. Bemerkenswerterweise sind alle diese Initiativen von einem erstaunlichen Maß gläubiger Zuversicht und elementarer Hoffnung getragen, obwohl bekanntlich die Menschen der Dritten Welt am schlimmsten unter den Verhältnissen zu leiden haben, die sie kurzfristig nicht zu ändern vermögen. Gleichzeitig erweisen sich viele Menschen in Mittel- und Westeuropa, einschließlich vieler gläubiger Christen und mancher Kirchenleitungen, unter ungleich besseren materiellen Voraussetzungen, als sehr skeptisch im Blick auf die Möglichkeiten der Kirche unter den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bedingungen ihrer Länder.

Private Sehnsüchte statt Politik

Die große Schwierigkeit scheint darin zu liegen, daß zur Zeit kaum zu erkennen ist, wie die Lernprozesse in der Dritten Welt oder auch in Osteuropa auf unsere Verhältnisse in schöpferischer Weise umgesetzt werden können. Denn in unseren Breiten werden die Grundrechte der Menschen in der Regel geachtet, es gibt bei uns keine direkte politische Unterdrückung. Zur gleichen Zeit ist aber ein *beängstigender Verlust von Gemeinsinn*, eine um sich greifende Raffgier und Korruption, zunehmende öffentliche Verschwendung und die Unregierbarkeit vieler Prozesse zu beobachten. Eine politische Reform an Haupt und Gliedern erscheint daher überfällig.

Man sollte meinen, daß diese Situation eine direkte Einladung an christliche Sozialreformer sein müßte, mit konkreten Vorstellungen und Konzepten an die Öffentlichkeit zu treten. Doch davon ist nichts zu merken.

Weder von den großen Parteien der Rechten noch der Linken kommen Ideen, die beflügeln könnten. Aber auch von Seiten der Kirchen gibt es kaum Wortmeldungen, die aufhorchen lassen.

Die große Mehrheit der Christen in Mittel- und Westeuropa scheint sich zur Zeit *privatistischen Sehnsüchten* hinzugeben, die den Rückzug hinter die Mauern oft recht lebendiger Pfarrgemeinden bestimmen. In der unmittel-

baren Nachkriegszeit haben die Erfahrungen mit der Hitler-Diktatur und ein weithin existentialistisch bestimmter Glaube das Engagement des einzelnen Christen auch in der Politik betont. Jetzt ist die Gruppe und das Gemeinschaftserlebnis alles, wobei charismatische Strömungen zur Illusion der Konfliktfreiheit neigen. In einem dialektischen Umschlag verkehrt sich so die ausgereizte These der Achtundsechziger-Bewegung, daß alles Konflikt sei, in die Suche nach möglichst totaler Harmonie. Die Emotion, das Erlebnis hat den Vorrang vor rationaler Bemühung, Kritik ist nicht mehr gefragt.

Zeit, gegen den Strom zu schwimmen

Was kann, was soll in dieser Situation, in der es in Übersee und auch in Osteuropa zu manchen Aufbrüchen christlicher Erneuerung kommt, in unseren Breiten allgemeiner Ermüdung geschehen?

Menschen, die mit der Kirche fühlen und sich dabei den Blick für Notwendigkeiten der Zeit bewahrt haben, meinen, die Kirche unserer Regionen verhalte sich zu *konjunkturrell* und überhaupt nicht *antizyklisch*: Sie steuere viel zu wenig gegen die in mächtigen Schüben daherkommenden Modetrends, die großteils medial vorfabriziert sind. Die Kirche heule allzu oft mit den Wölfen, wenn auch meistens etwas gedämpfter und manchmal auch zu spät. Die Kirche laufe allzu oft den vielen Wellen nach, die der Tag ans Ufer spült, und die meistens wieder überraschend schnell versickern.

Die Christen unserer Tage sollten erkennen, daß die Friedensmärsche und die „grünen“ Bewegungen, die Forderungen nach der Emanzipation der Frau und die Auseinandersetzung um eine optimale Nutzung der Energie – um nur einige Dinge zu nennen – nichts anderes als Seitenarme eines einzigen, breiten Stromes sind, der zu einem neu gestalteten, partnerschaftlichen Zusammenleben der Menschen in einer *freiheitlichen, aber wertbewußten Demokratie* drängt. Wie dieses Zusammenleben im einzelnen aussehen wird, ist zur Zeit noch nicht auszumachen. Die Kirche kann dies ebensowenig voraussehen wie andere gesellschaftliche Kräfte, denn hier ist die relative Autonomie der weltlichen Bereiche wirksam. Wohl aber ist es Pflicht der Kirche, die Gewissen der Christen aufzurütteln, daß diese sich an der Gestaltung der zukünftigen Welt viel engagierter beteiligen, daß sie die befreiende und erlösende Kraft des Christentums in diesen Prozeß einbringen und sich nicht zurückziehen in die idyllische Hübschheit innerkatholischer Vereinsmeierei.

Nähme die Kirche ihre *antizyklische Aufgabe* ernst, dann würde sie sich mit viel größerer Entschiedenheit den Krisen-Hysterien unserer Zeit entgegenstellen, die in rascher Folge kommen und wieder verschwinden, die aber viel zur allgemeinen Verunsicherung beitragen. Würde die Kirche antizyklisch agieren, dann würde sie sich viel deutlicher dem Übermaß an Irrationalismus in diesen Tagen entgegenstemmen, nachdem wir eben erst den Überschwang an rationaler Weltdeutung überwunden haben und die fal-

sche Erwartung, mit vernünftigen Mitteln könne man alles erreichen, alles durchsetzen. Hätte die Kirche ihre antizyklische Rolle erkannt, hätte sie schließlich dem europaweiten Triumph des Konsumbürgers – auch in ihren eigenen Reihen – mehr Widerstand geleistet, der mit müdem Zynismus in erster Linie um sein privates Wohlergehen besorgt ist und der die Politik den Funktionären und Machtapparaten überläßt, über die sich dann in jedem Fall gut schimpfen läßt.

Mit allgemeinen Ermahnungen wird die Kirche freilich nichts ausrichten. Sie wird vielmehr die Dinge beim Namen nennen müssen. Ihre Aufgabe wird es sein, für eine Revitalisierung der Politik aus dem Glauben einzutreten, nicht nach den Mustern des alten, überholten politischen Katholizismus, sondern im Rahmen der neuzeitlichen, pluralistischen Demokratie. Dabei geht es nicht darum, von neuem irgendwelche Massenbewegungen anzustreben, sondern wenigstens in einigen Kristallisationskernen sollten Christen *modellhaft* zu zeigen versuchen, wie sie sich von ihrem Glauben geprägte politische Aktivität heute vorstellen. So sollten möglichst viele Christen ermutigt werden, sich in formell oder informell strukturierten Gruppierungen zum politischen Handeln zusammenzufinden und bei Bedarf neue Gemeinschaftsformen auszuprobieren, um durch praktische Lösungsversuche sichtbar machen zu können, was christliches Engagement im öffentlichen Raum heute bedeutet. Christen, die schon bisher in der Politik tätig waren, sollten von der Kirche bestärkt werden, unabhängig von der Partei, der sie dienen.

Aus den Kirchenmauern wieder auf die Straßen treiben

Eine *fundamentalpolitische Aufgabe der Kirchenleitungen* ist es, die Christen auf die unverzichtbare Notwendigkeit politischer Initiativen beharrlich und nachdrücklich aufmerksam zu machen. Es war ein *Versäumnis*, eine Unterlassungssünde, ja ein schwerer Fehler, daß von Verantwortungsträgern der Kirche in den mitteleuropäischen Regionen so lange zu den privatistischen Auffassungen in den eigenen Reihen geschwiegen wurde. Denn ein privat gewordenes Christentum, das in der Öffentlichkeit nichts mehr bewirkt, hätte seinen Auftrag und seine Berufung verraten.

Die *Laienbewegungen* aller Art werden an derartigen politischen Bemühungen naturgemäß besonderen Anteil haben. Sie sind in letzter Zeit innerkirchlich mehr und mehr zurückgetreten. Das war, wie man jetzt sieht, ein Fehler. Ignaz Zangerle, der in Tirol lebende, aber weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannte Pionier der Erwachsenenbildung, hat dazu schon vor drei Jahren fordernd geschrieben: „Wenn sich die Kirche als Institution nicht selbst im Wege stehen will, wird sie nicht wenige Christen – und gerade oft beste Köpfe! – aus den Kirchenmauern wieder auf Straßen, Plätze, in Regierungsämter und Dienststellen drängen, ja hinausjagen müssen, damit dort der Glaube seine sanierende, heilende, versöhnende Kraft zu entfalten vermag.“

Fritz Csoklich